

Protokoll der 9. Sitzung des 37. Studierendenparlamentes der Universität Bielefeld vom 30.06. anno 2011

Protokoll: Jan Seelhorst

Beginn: 19:20 Uhr

Redeleitung: Isabelle Sandow (Stellv. Vorsitz)

Ende: 22:45 Uhr

Ort: A3 - 126

Anwesend:

Als Mitglieder: Hendrik Unger (g*al), Malin Houben (g*al), Henrik Pruisken (ghg*ol), Alexander Wiegand (ghg*ol), Oliver Nißing (ghg*ol, Vorsitz), Ingwar Petersen (ghg*ol), Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol), Jessica Schiebel (ghg*ol), Lisa Waimann (ghg*ol), Johannes Reiske (ghg*ol), Jan Seelhorst (DWW*), Johannes Zück (Juso-HSG), Katharina Bolgen (Juso-HSG), Stefan Peiplau (Juso-HSG), Daniel Freese (Juso-HSG), Jan Menn (Juso-HSG), Isabelle Sandow (Piraten, Stellv. Vorsitz), Henning Bielefeld (lhg), Sahba Roga Afradi (lhg)

Vom AStA: Diether Horstmann (Finanzen), Marcel Graf (Hoschulpolitik), Dorothea Ganz (Ökologie)

Gäste: Christian Burike, Kim Heuermann (FS Kunst/Musik), Mario Wille (FS Kunst/Musik), Schahin Safarabadi (FS Kunst/Musik), Jan De Ruiter, Laura De Ruiter, Mira Schneider, Philipp Notbohm (FS Sowi/Powi)

TOP 1: Formalia

a) Begrüßung

Isabelle Sandow (Stellv. Vorsitz) begrüßt die Anwesenden und wünscht allen eine zügige Sitzung.

b) Feststellung der Beschlussfähigkeit und der ordnungsgemäßen Ladung

Es sind 18 von 29 Mitgliedern anwesend und das Studierendenparlament damit beschlussfähig. Zweifel an der ordnungsgemäßen Ladung gibt es nicht.

c) Wahl einer Protokollführerin/ eines Protokollführers

Jan Seelhorst (DWW*b) erklärt sich bereit und wird zum Protokollanten ernannt.

d) Feststellung der Tagesordnung

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird einvernehmlich an einer Stelle geändert und dann wie folgt festgestellt.

TOP 1: Formalia

a) Begrüßung

b) Feststellung der Beschlussfähigkeit und ordnungsgemäßen Einladung

c) Wahl einer Protokollführerin/ eines Protokollführers

d) Feststellung der Tagesordnung

TOP 2: Protokollgenehmigungen

a) Protokoll der 8. Sitzung des 37. Studierendenparlamentes

b) Protokoll der 8. Sitzung des 36. Studierendenparlamentes

TOP 3: Gäste

TOP 4: Bericht aus Senat und Kommissionen

TOP 5: Wahlen und Nominationen

- a) 4 Mitglieder für die Qualitätsverbesserungskommission

TOP 6: Anträge

- a) Antrag zur Umbuchung der Aufwandsentschädigungen der Antifa-AG

TOP 7: Sonstiges

Isabelle Sandow (Stellv. Vorsitz) schlägt vor, im Anschluss an die Sitzung zu grillen, aber auf Grund der Tatsache, dass das Rektorat zum Umschmeicheln der Fachschaften genug Essen geordert hat, wird dies allgemein als unnötig angesehen. *Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol)* äußert den Vorschlag, am morgigen Freitag um 18 Uhr parallel zur Auszählung der StuPa-Wahl zu grillen, was allgemein Zustimmung findet.

TOP 2: Protokollgenehmigungen

a) Protokoll der 8. Sitzung des 37. Studierendenparlamentes

Zunächst wird das Protokoll der 8. Sitzung des 37. Parlamentes diskutiert. Die Diskussion dreht sich vor allem um den Passus, in dem es um das Protokoll der 8. Sitzung des 36

Studierendenparlamentes geht. Nachdem einige Änderungen übernommen wurden bzw. zurück gezogen wurden, steht am Ende noch ein Änderungsantrag aus, der zur Abstimmung gelangt:

"Ändere auf Seite 9 die Formulierung "Das Plenum zeigt wiederholt seinen guten Willen." in "Das Plenum zeigt wiederholt seinen guten Willen, sich an den Korrekturen zu beteiligen"."

Ja: 10 Nein: 2 Enthaltung: 3

Die Änderung ist damit beschlossen.

Sodann wird das gesamte, geänderte Protokoll der 8. Sitzung des 37. Studierendenparlamentes zur Abstimmung gestellt:

Genehmigung des Protokolls der 8. Sitzung des 37. Studierendenparlamentes.

Ja: 18 Nein: 0 Enthaltung: 0

Das Protokoll ist damit genehmigt.

b) Protokoll der 8. Sitzung des 36. Studierendenparlamentes

Zum wiederholten Mal steht dann das Protokoll der 8. Sitzung des 36. Studierendenparlamentes zur Abstimmung. Ein Entwurf war bereits im Vorfeld elektronisch verschickt worden, wodurch zumindest einige der notwendigen Änderungen vorgenommen wurden. Daraufhin waren nur noch knapp 90 Minuten gemeinsame Textarbeit der Anwesenden notwendig um eine endgültige Fassung zu erarbeiten. Die Aufzählung aller vorgenommenen Änderungen würde den Rahmen sprengen, weshalb hier nur die offiziell abgestimmten Änderungsanträge aufgeführt werden:

Malin Houben stellt aus Gründen der geschlechtergerechten Sprache folgenden Antrag

"Ändere das "Binnen-I" auf Seite 9 bei der Wortmeldung von Osinga, Christian in ein kleines "i"."

Ja: 1 Nein: 10 Enthaltung: 5

Die Änderung ist damit abgelehnt..

Jan Seelhorst (DWW*) stellt den Antrag, den gesamten Bericht des AStA auf Seite 13 f. zu streichen und mit "Der AStA berichtet", da dieser sonst keinerlei Informationen enthalte.

"Streiche auf den Seiten 13 f. alles bis auf den letzten Satz und ersetze dies mit "Der AStA berichtet."

Ja: 2 Nein: 11 Enthaltung: 2

Die Änderung ist damit abgelehnt.

An dieser Stelle verkündet die Redeleitung eine zehnmünütige Pause um sich darüber klar zu werden, was es sich mit der Formulierung in einem Änderungsantrag im Protokollentwurf auf sich hat, da auf Grund der Formulierung nicht ganz klar ist, ob etwas gestrichen oder eingefügt werden soll und vor allem, an welcher Stelle des Ursprungsantrags dies Geschehen soll.

Pause von 20:32 bis 20:42.

Nach der Pause weiß man noch immer nichts genaues, *Oliver Nißing (ghg*ol, StuPa-Vorsitz)* schlägt jedoch eine logische Stelle zur Streichung vor, was allgemein anerkannt wird.

Danach stellt *Jan Seelhorst (DWW*)* noch folgenden Änderungsantrag

"Streiche auf Seite 18 den zweiten Satz in der Äußerung von Rick, Jan."

Ja: 2 Nein: 7 Enthaltung: 9

Die Änderung ist damit abgelehnt.

Letztlich wird dann noch das gesamte Protokoll zur Abstimmung gestellt.

Genehmigung des Protokolls der 8. Sitzung des 36. Studierendenparlamentes.

Ja: 8 Nein: 6 Enthaltung: 4

Das Protokoll ist damit genehmigt.

Es war vollbracht. Jubel brandet auf. Viele Zuschauer_innen verlassen erschöpft, aber glücklich den Saal. Das Parlament strahlt, die Demokratie lebt. Was soll jetzt noch kommen?

TOP 3: Gäste

Kim, Mario und Schahin von der Fachschaft Kunst/Musik sind da. Sie berichten von unglaublichen Zuständen in dem ihnen neuerdings zugewiesenen Fachschaftsraum. Zur Zeit habe man ein Loch in der Wand in T0-245. Dies sei ein Raum, in dem vorher das technische Betriebszentrum untergebracht war. Dieses Loch sei nur mit einem Fliegengitter und Papier abgeklebt. Man könne allerdings nicht entscheiden, ob und wie man lüften wolle. Man hätte gerne ein Kippfenster und fragt nun das Studierendenparlament nach finanzieller Unterstützung in Höhe von 625 Euro.

*Malin Houben (g*al)* fragt sich und die anderen, ob nicht die Universität zuständig sei und es selbstverständlich sei, dass es Fenster in einem Raum gebe.

Kim von der FS antwortet, dass die Uni bereit sei, einfach verglaste Fenster einzubauen. Diese könnten aber dann nicht geöffnet werden, wodurch die Möglichkeit zur Raumlüftung komplett verloren gehe.

*Henrik Pruisken (ghg*ol)* fragt wie der Betrag zustande komme.

Mario von der Fachschaft antwortet, dass die Uni bereit sei, den Betrag zur Verfügung zu stellen, der auch für ein festes Fenster zu investieren sei. Die 625 Euro seien der Betrag, der für ein Kippfenster zusätzlich anfalle.

*Hendrik Unger (g*al)* fragt sich, warum die Studierendenschaft Geld in die elementare Infrastruktur stecken sollte.

*Malin Houben (g*al)* stimmt dem zu und ist der Meinung, dass die Universität das zahlen müsse und es nicht sein kann, dass man eine Fachschaft erst in einen dunklen Raum stecke und dann noch Investitionen verlange.

Henning Bielefeld (lhg) meint, dass das Studierendenparlament auch Sofas für Fachschaften kaufe und deswegen auch Fenster bezahlen könne.

*Lisa Waimann (ghg*ol)* denkt das nicht, sondern meint das es selbstverständlich sei, dass die Universität die Räume ausstattet, zumindest was das Grundsätzliche angehe.

*Ingwar Petersen (ghg*ol)* stimmt zu und hält den Sofavergleich ebenfalls für nicht tauglich, da Sofas auch in andere Räume transportiert werden könnten, wenn man umziehen müsste.

*Jessica Schiebel (ghg*ol)* betont, dass die Uni verpflichtet ist, Fachschaften einen vernünftigen Raum zur Verfügung zu stellen und der AStA zu der Situation der Fachschaft Öffentlichkeitsarbeit leisten solle. Es sei nicht die Aufgabe des Studierendenparlamentes, die Uni finanziell zu entlasten.

Philipp (Fachschaft SowiPowi) wirft ein, dass er sich nicht vorstellen könne, dass es legal sei, ein Loch in der Außenwand eines öffentlichen Gebäudes zu haben und dann auch noch Menschen in einen solchen Raum zu stecken.

*Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol)*, findet die Situation absurd genug, dass der AStA dazu Öffentlichkeitsarbeit betreiben könne.

*Malin Houben (g*al)* stellt daraufhin den Vergleich an, was denn passieren würde, wenn ein Professor in einen solchen Raum gesetzt würde und sich dann ebenfalls an der Bezahlung für ein neues Fenster beteiligen sollte.

Im Anschluss bündelt *Lisa Waimann (ghg*ol)* die geäußerten Meinungen und Standpunkte in folgenden Antrag:

"Das StuPa fordert die Universitätsleitung auf, dafür Sorge zu tragen, dass der FS Kunst und Musik ein angemessener Raum mit zu öffnenden Fenstern oder einer Lüftung zur Verfügung gestellt wird. Andernfalls muss der jetzige Fachschaftsraum T0-245 entsprechend mit Kippfenstern ausgestattet werden. Die Kosten sind von der Universität zu tragen."

*Hendrik Unger (g*al)* und *Henrik Pruisken (ghg*ol)* bezweifeln beide, dass die wirklichen Entscheidungsträger um die Situation wissen und denken, dass es schneller und effizienter sei, einfach mal direkt mit dem Dezernat FM zu sprechen.

*Lisa Waimann (ghg*ol)* findet den Antrag trotzdem wichtig, da es auch wichtig sei, der Fakultätsleitung zu sagen, dass es so nicht gehe.

Henning Bielefeld (lhg) findet es wichtig, dass das Fenster in den Raum kommt und die Beschwerden letztlich nicht so viel brächten.

Damit sind die Redebeiträge zum Thema erschöpft und es steht noch der Antrag von *Lisa Waimann (ghg*ol)* im Raum:

"Das StuPa fordert die Universitätsleitung auf, dafür Sorge zu tragen, dass der FS Kunst und Musik ein angemessener Raum mit zu öffnenden Fenstern oder einer Lüftung zur Verfügung gestellt wird. Andernfalls muss der jetzige Fachschaftsraum T0-245 entsprechend mit Kippfenstern ausgestattet werden. Die Kosten sind von der Universität zu tragen."

Ja: 17 Nein: 0 Enthaltung: 0

Der Antrag ist damit angenommen.

Im Anschluss erläutert uns *Dako vom ISR* sein Begehren, dass das Studierendenparlament nachträglich eine Auslandsreise des ISR nach Amsterdam genehmigen möge. Man sei mit 15 Personen dorthin gefahren um gemeinsam über die noch anstehenden Projekte zu diskutieren und habe nicht gewusst, dass Auslandsfahrten der Genehmigung bedürfen. Deshalb sei er nun hier, um das nachzuholen.

Es gibt hierzu keinerlei Redebedarf, weswegen direkt im Anschluss abgestimmt werden kann:

"Das Studierendenparlament genehmigt die Auslandsfahrt des ISR nach Amsterdam in Höhe von 1300,- Euro"

Ja: 15 Nein: 0 Enthaltung: 3

Der Antrag ist damit angenommen.

TOP 5: Berichte aus Senat und Kommissionen

Jan Seelhorst (DWW)* berichtet zunächst aus der Grundordnungskommission. Diese habe in einer außerordentlich kurzen Sitzung eine Beschlussempfehlung an den Senat beschlossen, um die neu zu gründende Qualitätsverbesserungskommission in die Grundordnung der Universität zu implementieren. Die Kommission solle aus 7 Personen bestehen, von denen 4 Studierende seien und jeweils eine Person aus Professor_innenschaft, akademischem und nichtwissenschaftlichen Mittelbau. Die Personen sollen vom Senat in Gruppenwahl gewählt werden, das bedeutet, dass die Studierendenvertreter letztlich auf Empfehlung des Studierendenparlamentes allein von den studentischen Senator_innen gewählt werden.

Die verschiedenen Nachfragen hierzu werden auf den Tagesordnungspunkt 6 verschoben, in dem es um die Nominationen für eben jene Kommission gehen soll.

Danach berichtet *Jan Seelhorst (DWW*)* weiter von der letzten Sitzung der zentralen Beitragskommission. In dieser ging es einmal um die Verwendung der "eingefrorenen" 4,2 Millionen Studiengebühren. Die Kommission hat sich dabei einmütig dafür ausgesprochen, diese in eine Stiftung zu überführen, die dann aus den erwirtschafteten Zinsen soziale Nachteilsausgleiche an der Universität finanzieren solle. Das Rektorat wolle dabei aus eigenen Mitteln noch einmal dieselbe Menge Geld zuschießen. Gleichzeitig soll in der Wirtschaft um Spenden für die Stiftung

geworben werden, wodurch dann die Rektoratsgelder sukzessive reduziert werden könnten. *Lisa Waimann (ghg*ol)* äußert Kritik am Votum der Studierenden in der Kommission. Das Geld gehöre noch immer den Studierenden, die es bezahlt hätten und könne diesen schon jetzt noch kaum zu Gute kommen. Wenn das Geld erst in der Stiftung sei, wäre es für die Zahlenden komplett verloren.

Jan Seelhorst (DWW)* stimmt dem zu, gibt aber zu Bedenken, das als weitere Alternativen nur der Bau des Kanzler-Simm-Hörsaalgebäudes oder die Auszahlung der Gelder direkt an die Fakultäten im Raum stehen würden und einzig die Gründung einer Stiftung einem sozialen Zweck dienen würde. Zwar seien die Fakultäten anderer Meinung, aber in Kommission und Rektorat herrschte die Auffassung vor, dass sowohl das Hörsaalgebäude als auch die direkte Zahlung an die Fakultäten wenig bis gar keinen Sinn machten, wenn man das Geld sinnvoll ausgeben wolle.

*Lisa Waimann (ghg*ol)* fragt daraufhin, wie genau den die Stiftung ausgestaltet sein solle und wer sich darum weiter kümmern würde, wenn die zentrale Beitragskommission nun zum letzten mal getagt habe.

Jan Seelhorst (DWW)* antwortet daraufhin, dass es Konsens gewesen sei, dass die Entscheidungen über die Geldvergabe in der Stiftung von einem eigenständigen Gremium gefällt werden würden, welches zum überwiegenden Teil aus Studierenden bestehe. Diese müsse dann das StuPa nominieren. Der weitere Verlauf sei allerdings noch nicht ganz klar, das Rektorat müsse die Entscheidung erstmal den Fakultäten vermitteln und wolle dann auf die Studierendenschaft zukommen.

Danach berichtet *Jan Seelhorst (DWW*)* noch für den Wahlleiter von der aktuell laufenden Wahl zum Studierendenparlament. Demnach hätten nach vier von fünf Wahltagen 8,33 % der Studierenden gewählt. Die Auszählung beginne direkt nach Schließung der Wahllokale in A0 - 150.

TOP 6: Wahlen und Nominationen

Hier geht es nun wieder um die neu zu gründende Qualitätsverbesserungskommission, für die vier Studierende nominiert werden sollen. *Jan Seelhorst (DWW*)* versucht noch einmal kurz zu erklären, was die Kommission zu tun hat. Jedoch ist außer einem Bericht zur Qualitätsverbesserung an die Landesregierung alle zwei Jahre noch nicht wirklich klar, was die Kommission zu tun hat.

Daraufhin werden im Plenum Stimmen laut, die darauf hinweisen, dass bereits auf der 8. Sitzung auf eine Nomination verzichtet wurde bis man wisse, was genau die Kommission tun solle und sich nichts geändert habe. *Hendrik Unger (g*al)* und *Lisa Waimann (ghg*ol)* sprechen sich deshalb explizit für einen Verzicht auf die Nomination aus. *Jan Seelhorst (DWW*)* entgegnet daraufhin, dass die Kommission gar nichts tue, solange kein Studierender nominiert sei, das sie ohne Studierende nicht beschlussfähig sein könne. Und solange die Kommission nicht arbeiten könne, würde das Geld direkt an die Fakultäten ausgezahlt, was nun wirklich niemand wollen könne.

Philipp Nottbohm (Fachschaft Sowi/Powi) bittet darum, das dauernde Eindreschen auf die Fakultäten zu unterlassen, da diese es auch nicht leicht hätten.

Johannes Zück (Juso-HSG) nominiert daraufhin *Stefan Pieplau (Juso-HSG)*, was *Malin houben (g*al)* zu der Äußerung bewegt, dass es demokratietheoretisch schwierig sei Menschen zu nominieren während darüber geredet werde, gerade dies zu unterlassen.

Katharina Bolgen (Juso-HSG) nimmt im Anschluss eine zehnmünütige Fraktionspause. Die Sitzung wird um 22:32 Uhr fortgesetzt.

Die Pause scheint sich gelohnt zu haben, jedenfalls nominiert im Anschluss *Johannes Zück (Juso-HSG)* *Jan Seelhorst (DWW*)* und *Stefan Pieplau (Juso-HSG)* *Lisa Waimann (ghg*ol)* sowie *Jan Menn (Juso-HSG)* für die Kommission. Ohne weitere Diskussion kommt es danach zur Abstimmung, die auf Antrag von *Hendrik Unger (g*al)* einzeln durchgeführt wird

Stefan Pieplau

Ja: 13 Nein: 2 Enthaltungen: 1 -> nominiert

Jan Seelhorst

Ja: 12 Nein: 2 Enthaltungen: 3 -> nominiert

Lisa Waimann

Ja: 14 Nein: 2 Enthaltungen: 1 -> nominiert

Jan Menn

Ja: 13 Nein: 2 Enthaltungen: 2 -> nominiert

TOP7: Anträge

Der Allgemeine Studierendenausschuss hatte folgenden Antrag mitversendet:

"Die im letzten Jahr auf Grund buchhalterischer Probleme nicht ausgezahlten Aufwandsentschädigungen der Antifa-AG in Höhe von 3768,- Euro werden der Antifa-AG als Sachmittel aus dem Topf Unvorhergesehenes zur Verfügung gestellt."

Hendrik Unger (g*al) stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Sofortige Abstimmung, da man diesen Antrag bereits mehrmals diskutiert habe und alle Fragen inzwischen beantwortet sein dürften. Lisa Waimann (ghg*ol) hält eine inhaltliche Gegenrede und betont, dass es bei einer solchen hohen Geldsumme durchaus noch Redebedarf gebe. Auf Grund der Gegenrede wird abgestimmt:

"GO-Antrag auf sofortige Abstimmung des Antrags des AStAs."

Ja: 2 Nein: 6 Enthaltung: 8

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Die Diskussion soll also weitergehen. *Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol)* möchte wissen, wofür genau das Geld jetzt ausgegeben werden soll und ob es es zusätzlich zum sowieso schon erhöhten Topf der Antifa-AG zur Verfügung stehen soll. *Diether Horstmann (Finanzreferent)* bejaht dies und erklärt, dass die Ag durch die Fertigstellung des Readers höhere Kosten habe als angenommen. Dieser solle nun durch die Umbuchung finanziert werden. Nebenbei weist er noch daraufhin, dass dieser Reader sehr lesenswert sei und gegen eine Schutzgebühr von einem Euro im AStA und in der AG erhältlich sei.

Daraufhin gibt es keinen weiteren Redebedarf, weshalb der Antrag zur Abstimmung kommt:

"Die im letzten Jahr auf Grund buchhalterischer Probleme nicht ausgezahlten Aufwandsentschädigungen der Antifa-AG in Höhe von 3768,- Euro werden der Antifa-AG als Sachmittel aus dem Topf Unvorhergesehenes zur Verfügung gestellt."

Ja: 5 Nein: 3 Enthaltung: 9

Der Antrag ist damit angenommen.

TOP 7: Sonstiges

Isabelle Sandow (Stellv. Vorsitz) weist noch einmal auf das Grillen am nächsten Tag hin und bittet die Anwesenden wegen näherer Informationen ihre Mails zu lesen.

Sahba Roga Afradi (lhg) weist auf den Christopher Street Day am 16 Juli hin und betont, dass dort inzwischen alle politischen Richtungen und Ideologien vertreten sei. Letztere Information trübt ein wenig die Stimmung, mit der die Sitzung daraufhin endet